

Medien in der Triade von Wissen, Macht und Subjektivierung

Der Nutzen Foucaults Gouvernementalitätstheorie für eine diskursanalytische Medienanalyse

Juliette Wedl

Vortrag auf der Tagung „Theorien und Methoden der sprach- und diskursbezogenen Produktforschung“ der Fachgruppe „Mediensprache und Mediendiskurse“ der DGPUK und der Sektion Medienkommunikation der Gesellschaft für Angewandte Linguistik (GAL), 6./7. März 2008 in Trier

Ich steige gleich mit meiner zentralen These ein: Massenmedien sind Regierungstechnologien. Sie erheben bestimmte Gegenstandsbereiche in den Status systematischen Wissens und verschränken regulierende Praktiken mit Praktiken der Selbstführung. Regierungstechnologien sind sie in doppelter Weise: Sie sind Subjekt und Objekt gouvernementaler Rationalitäten. Sie sind somit zugleich gouvernementalisierte und gouvernementalisierende Praktiken. In dieser Perspektivierung, die sich auf die Gouvernementalitätstheorie von Michel Foucault stützt, sind Medien in die Triade von Wissen, Macht und Subjektivierung eingebunden.

Ziel des Vortrages ist es, den Nutzen Foucaults Konzept der Gouvernementalität für die Medientheorie zu eruieren. Damit bewege ich mich an der Schnittstelle von zwei weitgehend getrennten Foucault-Rezeptionen in der sozialwissenschaftlichen Forschung: Der (eher politik- und sozialwissenschaftlichen) Gouvernementalitätsdebatte und der Diskursanalyse (medialer Debatten).

In meinem Vortrag gehe ich auf folgende Punkte ein:

1. Warum die Gouvernementalitätstheorie auf den Gegenstand der Medienwissenschaft übertragen?
2. Was versteht Foucault unter Gouvernementalität?
3. Massenmedien als Regierungstechnologien
4. ein ganz kurzes Fazit

1. Warum die Gouvernementalitätstheorie auf den Gegenstand der Medienwissenschaft übertragen?

Mein Interesse an diesem Vorhaben ist ein ganz spezifisches: Ich selbst bin sozialwissenschaftliche Diskursanalytikerin, wobei mein Untersuchungsmaterial den Printmedien entnommen ist: In meiner Promotion analysiere ich die Konstruktion Deutschlands als Nation in überregionalen Tageszeitungen. Dabei interessiert mich gerade die Heterogenität des Nationenkonzeptes in verschiedenen Debatten. Ich erwähne dieses, weil es meine heute behandelte Fragestellung in spezifischer Weise perspektiviert.

Mit meinem Korpus betrete ich das Feld der Medienwissenschaft. Und hierfür bedarf es – so zumindest mein Anspruch – einer theoretischen Verortung der Medien. Dabei wollte ich zunächst was ganz naheliegendes machen: nämlich mich an der medientheoretischen Perspektive der Cultural Studies orientieren, eine Theorie, auf die in diskursanalytischen Arbeiten häufiger rekurriert wird.

Stuart Hall hat sich wiederholt mit Foucaults Theorie auseinandergesetzt und trotz der Differenzen gibt es einige Überschneidungen: In Folge einer „(post-)strukturalistischen Wende“ der Cultural Studies werden Theorien und Modelle von Saussure, Lévi-Strauss, Barthe, Althusser und Foucault berücksichtigt. Wie Markus Stauff (2007) jedoch auch aufzeigt, stehen die zentralen Konzepte von *Repräsentation*, *Ideologie*, *Identität* und *agency* [als individuelle Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit] in einem Spannungsverhältnis zu einer Diskurstheorie, die Foucault folgt.

Aus diesem Grund fand ich es naheliegend, auf eine durch Foucaults Gouvernementalitätstheorie inspirierte Medienkonzeption zurück zu greifen. Dabei musst ich zu meinem Erstaunen feststellen, dass dieses Feld kaum ausgearbeitet ist.

Zwar spielt in den Gouvernementalitätsstudien der Aspekt der Medialität eine maßgebliche Rolle, doch ist diese bisher kaum explizit thematisiert worden. Und sicherlich existieren einschlägige medienwissenschaftliche Forschungen, die ähnlich perspektiviert und mit dem Gouvernementalitätskonzept kompatibel sind, ohne auf das Konzept selbst Bezug zu nehmen. Insofern fehlt bisher weitestgehend eine explizite Diskussion der Medien unter dem Aspekt der Gouvernementalität. Als Ausnahmen sind hier insbesondere die Arbeiten von Markus Stauff und von Irmela Schneider zu nennen.

Meines Erachtens bietet das Konzept der Gouvernementalität einen bisher kaum beachteten Ansatzpunkt, die Macht-Wissens-Konfiguration als Teil einer Medientheorie aufzugreifen. Sie berücksichtigt zudem den Aspekt der Subjekte, ohne dabei in Konflikt mit dem poststrukturalistischen Subjektverständnis zu geraten. Das Konzept hat den Vorteil, Aspekte wie Herrschaft, Hegemonie und Macht ebenso wie die scheinbar ohne Zwang erfolgende Zustimmung zur Herrschaft, Handlungsfähigkeit und Freiheit zu erfassen, ohne hierfür jedoch auf schwer mit Foucault zu vereinbarende theoretische Konzepte zurückgreifen zu müssen. Anzumerken ist noch, dass die folgenden Überlegungen selbstverständlich räumlich und zeitlich gebunden sind, d.h. sich auf Medien in „demokratischen“ Gesellschaftsordnungen westlicher Provenienz beziehen, in denen ein relatives Maß an Meinungs- und Pressefreiheit existiert. Auch wird nicht weiter zwischen verschiedenen Massenmedien differenziert.

Wenden wir uns also zunächst der Frage zu:

2. Was versteht Foucault unter Gouvernementalität?

Unter dem Stichwort „*gouvernementalité*“ untersucht Foucault die Techniken der Steuerung der Bevölkerung. Die entwickeln sich aus der im 16. Jahrhundert neu aufkommenden Frage, wie die Untertanen eines Staates richtig zu führen seien.

Neben dem historischen Prozess im 18. Jahrhundert bezeichnet er damit zweierlei:

1. Einen neuen Machttyp, der über diesen Zeitraum hinaus bis heute wirksam ist, und
2. eine politische Rationalität als spezifisches Gefüge von Institutionen, Prozeduren, Analysen, Taktiken etc., die die Ausübung dieser spezifischen Machtform ermöglichen.

Im Kontext einer Bestimmung der Massenmedien interessiert besonders ersteres. Gouvernamentalität als neuer Machttypus zeichnet sich durch die Verschränkung von Herrschaftstechnologien und Selbsttechnologien aus. D.h. seine Spezifik ist die Verbindung einer Führung durch andere – die Fremdführung – mit einer Führung seiner selbst als ineinandergreifende Praktiken des Regierens. Diese Regierungstechnik kennzeichnet moderne Staatlichkeit und moderne Subjektivität.

Der Begriff der Führung ist hier nicht zufällig gewählt. Ich zitiere Foucault:

Vielleicht eignet sich ein Begriff wie *Führung* gerade kraft seines Doppelsinns gut dazu, das Spezifische an den Machtverhältnissen zu erfassen. „Führung“ ist zugleich die Tätigkeit des „Anführens“ anderer (vermöge mehr oder weniger strikter Zwangsmechanismen) und die Weise des Sich-Verhaltens in einem mehr oder weniger offenen Feld von Möglichkeiten. Machtausübung besteht im „Führen der Führungen“ und in der Schaffung der Wahrscheinlichkeit. (Foucault 1996c: 36f.)

Die Form der Führung durch Lenkung und Kontrolle von Individuen und Kollektiven bezeichnet Foucault als Regierung. Er versteht darunter

die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, mittels derer man die Menschen lenkt, von der Verwaltung bis zur Erziehung. (Foucault 1996: 118)

Neben öffentlichen Institutionen wie die Polizei, Schule und Justiz treten neue Agenten dieser Machtform, z.B. die privatwirtschaftlichen Unternehmen, zivilgesellschaftliche Vereine oder auch komplexe Strukturen wie das Gesundheitssystem und das psychologische Versorgungssystem von der Psychiatrie bis zur Ratgeberliteratur und Doku-Saops zu Lebenskonflikten im Fernsehen. Die Regierung ist somit dezentralisiert und nicht in spezifischen Institutionen konzentriert; sie geht in ein komplexes Netz von Fremd- und Selbstführung über.

Der Regierungsbegriff nimmt auf die weite Bedeutung des Begriffes aus dem 16. Jahrhundert Bezug: Er

bezog sich nicht nur auf politische Strukturen und auf die Verwaltung der Staaten, sondern bezeichnete die Weise, in der das Benehmen von Individuen oder Gruppen gelenkt wurde: Regierung der Kinder, der Seelen, der Gemeinde, der Familie, der Kranken. (Foucault 1996c: 37).

Hier wird der historische Bezugspunkt dieser Machtform deutlich: Das christliche Pastorat. Die christliche Form der Führung der Seelen (der Hirte führt seine Herde) säkularisierte sich und diffundierte in verschiedene Praxisbereiche, so dass sie sich im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts als politische Regierungsform festigte: Die Führung von Menschen mittels der Techniken der Selbstführung wurde dominant. Astrid Deuber-Mankowsky weist zurecht darauf hin, dass diese ‚res publica‘ im Unterschied zur Pastoralmacht ganz ohne transzendente Instanz oder göttliches Modell auskommt. Die fortlaufende öffentliche Problematisierung der Fragen der Regierungs- und der Verhaltensführung sowie von Gegenständen, Strategien und Zielsetzungen ist kennzeichnend für diese Machtform. Ich zitiere Markus Stauff:

[N]icht die Installation eines stabilen Regulierungsverfahrens, sondern die ständige Modifikation, Anpassung und Infragestellung prägt die gouvernementalen Politiken, die sich gerade in Auseinandersetzung um die adäquate Form der Anleitung realisieren. (Stauff 2005: 92)

Gerade diese Relationalität und Reflexivität unterscheidet sie von anderen Formen der Macht. Es entsteht eine Kunst des Regierens, in dem es einer genauen Kenntnis dessen bedarf, was regiert wird, welches die Ziele und welches die zur Verfügung stehenden Mittel sind.

Dabei ersetzt das Zusammentreffen von Fremd- und Selbstführung den Zwang als primäres Medium der Disziplinierung. Das bedeutet nicht, dass Mittel wie Verbot und Disziplierungsmaßnahmen vollständig verschwinden, sie sind jedoch nicht mehr die prägende Grundlage dieser Machtform. Mittels gouvernementaler Regierungstechniken errichten und erhalten sich Herrschaftszustände, ohne dass sie jedoch Herrschaftstechniken sind, d.h. allein Mittel der Fremdführung. Zweck der Regierung ist die Optimierung, Maximierung und Intensivierung ihrer Geschäfte ohne sichtbare Disziplinierungsmittel. Exemplarisch hierfür ist das Funktionsprinzip des Neoliberalismus.

Gouvernementalität setzt einen gewissen Grad an Freiheit voraus. Weil die Techniken des Sich-Selbst-Regierens aus der Gleichzeitigkeit von Unterwerfung und Ermächtigung, Zwang und Freiheit entstehen, machen sie das moderne Subjekt zu einem freien, handlungsfähigen Subjekt. Das Subjekt erscheint dabei in einem paradoxen Prozess als unterworfenes und in der Unterwerfung gleichzeitig aktives Subjekt, welches sich selbst konstituiert. In diese mit der neuen Machttechnik einhergehende moderne Subjektivierungsweise ist die Selbstregierung und damit die Freiheit als elementarer Bestandteil eingelassen.

Zusammenfassend kann mit Markus Stauff festgehalten werden, dass Regierungstechnologien:

[a]ll die Verfahren, Institutionen, aber auch geregelten Praktiken und Diskurse (sind), die einen Gegenstandsbereich definieren, ein Wissen von ihm produzieren und regulierende Zugriffe mit den Praktiken der Selbstregulierung verschränken. (Stauff 2005: 92)

Was bedeuten nun diese Überlegungen auf den Gegenstand der Medien übertragen?

3. Massenmedien als Regierungstechnologien

Medien als Regierungstechnologien zu betrachten bedeutet, wie Markus Stauff zurecht festhält, zu fragen,

wie Medien zur Problematisierung, zur Wissensproduktion, zur Steuerung von Gegenstandsbereichen beitragen. (Stauff 2005: 92)

Er schlägt im weiteren vor, von einer Gouvernementalität der Medien nur dann zu sprechen, wenn Medien selbst zum Objekt von Problematisierung werden, wodurch sie gleichzeitig zur Anleitung von Verhaltenweisen und zur Verschränkung von Selbst- und Fremdführung beitragen. Dieser Vorschlag ist meines Erachtens gerade deswegen äußerst produktive, weil er die

Zweiteilung in Medienpolitik – als Regulierung von Medien – und Politik der Medien – die sich aus den Effekten der Inhalte oder der Technik selbst ergibt – aufbricht. Doch für mein Vorhaben ist dieser Vorschlag einer Beschränkung auf selbstproblematisierende Aussagen der Medien ungeeignet, weil die Medien selbst nicht mein Forschungsgegenstand sind. Auch außerhalb dessen erscheint es mir sinnvoll, von einer Gouvernamentalität der Medien zu sprechen.

Ich möchte im Folgenden die drei Aspekte näher betrachten, die mir bei der Konzeption der Medien als Regierungstechnologien bedeutend erscheinen.

- Die Wissensordnung als Funktion der Massenmedien
- Der Zusammenhang von Subjektivierung, Normalisierung und Macht
- Die Bedeutung der Medien für die Kunst des Regierens

3.1. Die Wissensordnung als Funktion der Massenmedien

Mit Foucault ist davon auszugehen, dass jeder Wissensordnung bestimmte Darstellungsoptionen inhärent sind und dass diese ihre Gegenstände bestimmen, d.h. ihre Möglichkeit, Zusammensetzung, Wechselbeziehung und Sichtbarkeit. Dabei haben sie ein Doppelgesicht, insofern sie – in den Worten von Petra Gehring –

sowohl Tatsachenordnungen als auch normative Ordnungen ... [sind]. Sie sind sowohl ‚konstitutiv‘ als auch selektiv. (Gehring 2004: 45).

In diesen Ordnungen wird das Sagbare sichtbar ebenso wie das Unsagbare ausgeschlossen bleibt. Wissensordnungen sind somit Formen gesellschaftlicher Differenzierung und Integration, die den sozialen Raum strukturieren.

Dabei verweist Foucault auf die enge Kopplung mit dem „Spiel der Wahrheit“ (Foucault). Jede Gesellschaft hat ihre eigenen Wahrheitsdiskurse, wobei Wahrheit nach Foucault zu verstehen ist

als ein Ensemble von geregelten Verfahren für Produktion, Gesetz, Verteilung, Zirkulation und Wirkungsweise der Aussagen (Foucault 1978: 53).

Diese Regeln formen die Diskurse (und damit das Sagbare). Zur Regulierung der Aussagen kommen nicht gewaltförmige Mittel zum Einsatz, sondern sie werden durch Instanzen und Techniken aufrecht erhalten, die dazu legitimiert sind, die Ordnung der Wahrheit herzustellen.¹

Ein zentraler Ort zur Wahrheitsproduktion sind heute die Massenmedien, die in den industrialisierten Ländern immer wieder als primäre Bezugsquelle über das Geschehen der Welt beschworen werden (und ja auch vielfach sind). Speziell das Nachrichtenwesen und die Bericht-

¹ Einige der die Aussagen ordnenden Regeln in modernen Gesellschaften führt Foucault (1991) in seiner Antrittsvorlesung am Collège de France aus: z.B. a) Prozeduren der Ausschließung als Begründung seiner Macht durch Verbot, durch Grenzziehung und Verwerfung, durch Wahr-Falsch-Dichotomie b) Prozeduren zur Bändigung seines zufälligen Auftretens (Verknappung des Diskurses) durch das Prinzip des Kommentars, des Autors und der Disziplin und c) Verknappung des Subjekts

erstattung, welche in besonderem Maße mit der Vorstellung einer (normativen) Objektivität behaftet sind, gerinnen – zumindest Angesichts der Pluralität der Presseorgane und als Ergebnis einer journalistischen Arbeit – vielfach zur zentralen Instanz der Wahrheit. Dieses Objektivitätsparadigma ist um so stärker bei (bewegten) Bildern.

Medien verbergen dabei ihre eigenen Bedingungen: Die Nachrichten erscheinen durch die Natur der Ereignisse bestimmt und der Charakter einer Nachricht scheint den Ereignissen selbst inhärent zu sein. Genau diese Vorstellung der Objektivität ist mit Foucault in Frage zu stellen.

Für die Diskurstheorie liegt Wissen nicht als eine vormediale Substanz vor, die die Medien dann in die Gesellschaft tragen; die Vorstellung von Massenmedien als Vermittlungsinstanz ist mit Foucault somit nicht kompatibel. Bildhafte oder textuelle Aussagen sind vielmehr immer eine Form der Ordnung der Wirklichkeit. Und Massenmedien ordnen und organisieren nicht nur Wissen, sie erzeugen es auch. Sie tragen in vielschichtiger Weise zur Konstruktion des Sagbaren bei und sind selbst Teil des Macht-Wissens-Komplexes. Auch Irmela Schneider zieht den Schluss:

Der Zusammenhang von Wissen und Medien entsteht als ein Effekt der operativen Logik von Medien. Medien operieren in der Trias von Aussagen, Medien, Wissen als Organisations-, als Ordnungsfaktor. Indem sie Ordnung des Wissens herstellen, bilden sie, im weiten Sinne des Begriffs, eine Regierungstechnologie, üben sie – im Sinne Foucaults – Macht aus. (Schneider 2006: 91).

Hervorzuheben ist dabei der produktive Charakter dieses Prozesses der Wissensordnung: Massenmedien bearbeiten Problemfelder, die gleichzeitig durch die mediale Problematisierung erst konstruiert werden.

Mit der Gouvernementalitätstheorie lässt sich diese Wissensgenese als Verschränkung von Techniken der Selbst- und Fremdführung beschreiben. Massenmedien sind keinesfalls losgelöst von politischen, ökonomischen und staatlichen Bedingungen sowie von den Diskursen. Insofern sind sie eingebunden in die Herrschaftszustände. Gleichzeitig sind sie keinem direkten Zwang unterworfen und bis zu einem gewissen Grad frei (juristisch abgesichert durch die Presse- und Meinungsfreiheit). Dies drückt sich auch in ihrem Selbstbild aus: Im Sinne einer kritischen Öffentlichkeit sehen sie ihre Aufgabe auch in einer Kontrollfunktion gegenüber anderen gesellschaftlichen Institutionen wie Wirtschaft, Staat und Politik. Doch ist ihre Freiheit nicht so groß, dass sie gesellschaftsauflösende oder –gefährdende Wirkungen hätten. Gesichert wird dies nicht zuletzt über ein Sammelsurium an Herrschaftsinstrumenten wie die Verfassung, das Recht, ökonomische Mechanismen, etc. aber eben auch durch die den Medien eigene Rationalität der Selbstführung.

Meist ohne Ausübung direkten Zwangs und in einem komplexen System der Fremd- und Selbstführung sind sie Teil der Regierung im Foucaultschen Sinne: Sie tragen zur Führung der Menschen und zur Aufrechterhaltung der Herrschaftszustände bzw. zur Regulierung und Regierung der bestehenden Gesellschaftsordnung bei.

Hierbei ist die Normalisierung von besonderer Bedeutung und zwar in zweifacher Hinsicht wie wir im folgenden sehen werden.

3.2. Subjektivierung, Normalisierung und Macht

Indem die Massenmedien ein zentraler Ort der (Re-)Produktion von Wissensordnungen sind, sind sie gleichzeitig Teil einer Subjektivierungstechnik. Poststrukturalistisch wird dabei von der Dezentrierung des Subjekts ausgegangen: Entgegen der Vorstellung eines autonomen, sinnstiftenden Subjektes im Sinne einer ursprünglichen Totalität wird dieses als immer in Diskurse eingeschrieben und durch diese als „Ort eines Sprechens, Fühlens und Handelns“ (Stähli 2000: 48) konstituiert gedacht. Dem entsprechend wird das Subjekt als nicht der Gesellschaft vorgängig und als fragmentiert betrachtet.

Zentral für die Betrachtung der Medien ist die Kategorie der Subjektpositionen. Dazu Urs Stähli: Sie sind ein

heterogenes Ensemble von Orten, die als Positionen regulierter Redeweisen den Subjekten erst ermöglichen zu sprechen. (Stähli 2000: 48)

Sie sind diskursiv vorstrukturierte, nach bestimmten Regeln gestaltete und mit bestimmten Möglichkeiten ausgestattete transindividuelle Aussagepositionen. Mit der Subjektformierung bzw. -positionierung kann die diskursiv vermittelte Seite der Subjektivierung bezeichnet werden, d.h. die Art und Weise wie Individuen von Diskursen als Subjekte angerufen werden.

Massenmedien weisen spezifische Formen der Produktion von Subjektpositionen auf, die sich von anderen gesellschaftlichen Feldern wie Familie, Medizin oder Ökonomie unterscheiden. Die Subjektpositionen sind sicherlich sehr unterschiedlich, z.B. in Gerichts-Soaps, Sendungen öffentlicher Konfliktbewältigung oder im Nachrichtenjournalismus. Bei letzterem werden z.B. die Subjekt mit der Erkenntnis der Begrenztheit des eigenen Erfahrungshorizontes als wissende und zugleich zu informierende Subjekte konstituiert, die ihre Entsprechung im Konzept des mündigen Bürgers haben. Angerufen wird das Subjekt u.a. als verantwortungsbewusster und zu bildender Citizen, der Teil der Weltgemeinschaft ist etc.

Im Gegensatz zu Theorien, die von einer Unterwerfung der Individuen unter Herrschaft oder Ideologie ausgehen, arbeitet Foucault die Subjektivierung als einen unauflöslich paradoxen Prozess heraus: Der Subjektwerdung liegt zunächst eine Unterwerfung unter die Macht zugrunde. In der Unterwerfung konstituieren Diskurse und Dispositive Menschen aber gleichzeitig als (handlungs-)mächtige Subjekte: Die Unterwerfung ist somit Vorbedingung für ihre Handlungsfähigkeit. Weder die Subjekte noch die Handlungsmächtigkeit sind dabei mit einer stabilen Bedeutung ausgestattet. Sie konstituieren sich vielmehr in einem Prozess reflexiver Simultaneität (jedoch nicht in einem unendlichen Raum von Bedeutungen, sondern innerhalb eines Möglichkeitsraumes).

Nun ist mit der Gouvernamentalität eine spezifische Form der Subjektivierung verbunden: die normalisierende Subjektivierung. Sabine Hark verweist zurecht darauf, dass Foucault mit der Disziplinar- und Pastormalmacht den Übergang

von der Macht als normativem Gesetz zur Macht als normalisierender Norm, die mittels wissenschaftlich-technologischer Kategorien arbeitet [kennzeichnet]. (Hark 1999a: 71).

Während zuvor die auf Individuen zielende Norm eine „präetablierte Ideal-Norm“ (Link 1998: 145) ist, etabliert die auf die Bevölkerung zielende Regierungstechnologie eine mittels Statistiken im Nachhinein etablierte Durchschnittsnorm. Im Sinne der Selbstführung erzeugen die Individuen eine am imaginären Durchschnitt ausgerichtete Identität und entwickeln sich entlang dieses imaginären Normalen als normalisierte Subjektivitäten. In seiner Undefiniertheit bleibt die Norm (bzw. die Normen) eine „Leerstelle“ (Hark 1999a: 77): Sind sie zunächst imaginär, werden sie durch die ständige und unausweichliche dynamische Wiederholung kontinuierlich hergestellt. Die Unbestimmtheit der Normen ermöglicht auch, dass die schmale Grenze zwischen Normalem und Anormalem verschiebbar ist, wodurch die Normen flexibel sind. Dies macht die Notwendigkeit der Selbst-Adjustierung am vermeintlichen Durchschnitt um so dringlicher, um das Abrutschen in eine deviante Subjektivität zu vermeiden. Das Wissen um eine Grenze und die drohende Ausschließung führen zur Wirkkraft der Normen, die sich in einem Mechanismus der (Selbst-) Normalisierung aufrecht erhalten.

Die Normen sind gleichzeitig nicht willkürlich und frei: Innerhalb eines „Möglichkeitsfeldes“ (Foucault 1996c: 35) sind bestimmte diskursive und nicht-diskursive Akte wahrscheinlicher als andere; bestimmte Handlungen und Identitäten werden als normaler, natürlicher und angemessener nahegelegt.

Das Netzwerk von Subjektivierungstechniken und Normen ist nicht homogen, sondern durch Risse, Lücken und Widersprüche geprägt. Ebenso wie das Subjekt sind auch die Subjektivierungstechniken keine kongruente Einheit. Gesellschaftliche Normen sind als prozessual, flexibel und plural zu denken (vgl. Engel 2002: 79f.).

Wie sind nun die Medien mit dem Prozess der normalisierenden Subjektivierung verbunden? Ich schlage vor, Medien als Ort zu betrachten, an dem Normen und ihre Grenzen durch ständige Wiederholung kontinuierlich in dynamischer Weise generiert werden. Nicht die Einheit, sondern die Pluralität an Positionen ist dabei konstitutiv. So können bis zu einem gewissen Maße auch Positionen, die als radikal, anormal, unvernünftig oder unnatürlich gelten (oder zumindest als grenzwertig, exotisch, absonderlich, skurril etc.), zu Wort kommen – nicht zuletzt, um in der Differenz das Normale zu markieren und als solches sichtbar zu werden. Medien generieren ihre Themen teils über den Normalismus: Sie spüren das von der Norm Abweichende auf und thematisieren u.a. anhand von Statistiken die Denormalitäten. Dabei wird im öffentlichen Widerstreiten und Zitieren des Normalen der flexible, prozessuale und plurale Raum der Normativität ständig neu gebildet bzw. temporär fixiert. Transformation heißt dabei nicht,

sich jenseits von Normen zu bewegen, heißt nicht Befreiung, sondern die Fluchtlinien in eine anderen Richtung, auf ein anderes Set von Normen hin einzuschlagen. (Krasmann 2002: 90)

Über die drohende Gefahr des Devianten wird in einer Selbstreg(ul)ierung das Normale permanent hergestellt. Dieser Mechanismus trägt dazu bei, dass die Massenmedien – trotz oder wegen ihrer Freiheit – Teil der Regierung sind.

Eine Analyse der Medien als Subjektivierungstechnologie kann somit darauf zielen, den in den Medien diskursiv erzeugten Möglichkeitsraum herauszuarbeiten und die darin erscheinenden (verschiedenen) Subjektpositionen und Formen der Selbst-Verhältnisse als Form der Regierung

zu sehen. Dem entsprechend frage ich in meiner Promotion, welche Subjektpositionen nach der Deutschen Einheit im Diskurs über Nation in der Berichterstattung der untersuchten Zeitungen konstituiert werden.

Ich gehe abschließend noch kurz und eher fragmentarisch auf den dritten Aspekt meiner Betrachtungen ein:

3.3. Medien und die Kunst des Regierens

Wie anfangs erwähnt bedarf das Regieren einer genauen Kenntnis dessen, was regiert wird. Dabei handelt es sich um einen höchst reflexiven Prozess, der ein detailliertes Wissen über die Geführten beinhaltet. Mit der gouvernementalen Rationalität erhält somit die Öffentlichkeit eine veränderte Bedeutung. Foucault schreibt dazu:

Die Öffentlichkeit, ein Hauptbegriff im 18. Jahrhundert, ist die Bevölkerung von der Seite ihrer Meinungen her gesehen, von ihrer Art etwas zu tun, von ihrer Verhaltensweisen, ihren Gewohnheiten, ihren Befürchtungen, ihren Vorurteilen, ihren Ansprüchen her, sie ist das, worauf wir durch Erziehung, durch Kampagnen, durch Überzeugungen usw. Einfluß haben. (Foucault 2004a [1978]: 115)

Die öffentliche Meinung wird zum zentralen Handlungsfeld der neuen Staatsräson. Dabei geht es nicht um Manipulation, Indoktrination oder die Verbreitung von Lügen, sondern um ein Einwirken auf das Bewusstsein ohne Zwang. Ziel dieses Einwirkens ist laut Foucault,

„daß sicherlich ihre Meinung modifiziert wird und mit ihrer Meinung die Handlungsweise der Leute, die Art zu handeln, ihr Verhalten als ökonomische Subjekte, ihr Verhalten als politische Subjekte. Es ist diese Arbeit an der Meinung der Öffentlichkeit, die einen der Aspekte der Wahrheitspolitik in der Staatsräson darstellen wird.“ (Foucault 2004a: 398)

Öffentlichkeit wird durch Diskurse strukturiert, durch spezifische Formulierungen von Problemen und Fragen. Foucault spricht von der Öffentlichkeit als „Subjekt-Objekt eines Wissens: Subjekt eines Wissens, das ‚Meinung‘ ist, und Objekt eines Wissens“ (Foucault 2004a [1978]: 398). Ebenso wie beim Subjekt wirken Subjektivierungs- und Objektivierungsprozesse gleichzeitig konstitutiv ineinander. Öffentlichkeit ist dem entsprechend ein von Machtbeziehungen durchzogener heterogener und flexibler Raum, der innerhalb der Gouvernementalität von besonderer Bedeutung ist, weil hier Techniken der Selbst-Regierung generiert werden können. Zudem basieren die Regierungstechnologien auf der umfangreichen Kenntnis der Bevölkerung, wobei Instrumente wie Statistiken, Erhebungen, Befragungen etc. eine zentrale Rolle spielen.

Massenmedien sind unmittelbar mit der (Re-)Produktion von Öffentlichkeit verbunden, wodurch ihnen eine elementare Funktion in der gouvernementalen Rationalität zukommt. Ich möchte hier kurz auf zwei Aspekte verweisen:

- Massenmedien tragen dazu bei, das Wissen zu generieren und den Wissens-Raum zu ordnen, wodurch eine partielle Stabilität erzeugt wird. Sie tragen zur Bändigung der wuchernden Diskurse der Öffentlichkeit bei. Dies ist jedoch weniger als Prozess

von oben nach unten zu denken, sondern als Verschränkung von Fremd- und Selbstregulierung. Gerade die vielen neuen Formate mit Publikumsbeteiligung machen diese Mehrschichtigkeit sichtbar. Sendungen über „Hartz-IV-Betrugsfälle“, Big Brother und Doku-Sops sind Ausdruck dieser gouvernementalen Prozesse, in denen Disziplinierung und Führung zunehmend zum medial verhandelten modernen Ich gehören. Das Private wird zunehmend öffentlich und Gegenstand von Führung. Die Reflexion des „richtigen“ Verhaltens ist Teil der Selbstverständigung über die angemessene Art der Selbst-Führung. Aber auch die Staatspolitik und -räson wird ständig zum Thema z.B. durch die Aufdeckung von „Fehlverhalten“ (z.B. das massenhafte Hinterziehen von Steuern) oder die Diskussion bestimmter Regierungspraktiken (z.B. der Schulpolitik). Die Reflexion des Verhaltens der Geführten wie der Führenden ist Bestandteil der Kunst des Regierens in all ihren Facetten.

- Gleichzeitig sind Massenmedien ein zentraler Ort der Konstruktion von Bevölkerung: Sie wird hier definiert, präsentiert und das Wissen über sie generiert. Statistiken, Erhebungen, Befragungen etc. sind wichtiger Gegenstand der Medien (vgl. gesagtes zu Normativität). Dabei entsteht z.B. „der einfache Bürger“, „die Arbeitslosen“, „die Politik-Elite“ etc.

4. Fazit

Ich habe – als Nicht-Medienwissenschaftlerin – verschiedene Aspekte aufgezeigt, die m.E. wichtig dabei sind, wenn Massenmedien vor dem Hintergrund Foucaults Gouvernementalitätstheorie als Regierungstechnologien bezeichnet werden. Diese Ausführungen sind teils fragmentarisch und zeigen den Stand meiner bisherigen Überlegungen. Mein Interesse der folgenden Diskussion ist es, Schnittstellen aber auch Differenzen zu anderen medienwissenschaftlichen Theorien zu eruieren sowie zu diskutieren, welchen Gewinn aber auch welche Schwierigkeiten Sie in Bezug auf meine Ausführungen aus medienwissenschaftlicher Perspektive sehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Literatur:

Foucault, Michel, 1996 [1982]: „Warum ich die Macht untersuche: Die Frage des Subjekts“. Und „Wie wird Macht ausgeübt?“ In: Michel Foucault/Seitter, Walter: Das Spektrum der Genealogie. Bodenheim, S. 14-47.

Parr, Rolf/ **Thiele**, Matthias, 2007: Foucault in den Medienwissenschaften. In: Kammler, Clemens/Parr, Rolf: Foucault in den Kulturwissenschaften. Eine Bestandsaufnahme. Heidelberg, 83-112.

Schneider, Irmela, 2006: „Zur Archäologie der Mediennutzung. Zum Zusammenhang von Wissen, Macht und Medien.“ In: Becker, Barbara/Wehner, Josef (Hrsg.): Kulturindustrie reviewed. Ansätze zur kritischen Reflexion der Mediengesellschaft. Bielefeld, 83-100.

Stauff, Markus, 2005: „Das neue Fernsehen“: Machtanalyse, Gouvernamentalität und Digitale Medien. Münster.